Gemeinderatssitzung, 17.03.05
Rede von Anke Schuster für die SPD-Fraktion Es gilt das gesprochene Wort

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf und Einbringung der Änderungsanträge

---

Verehrte Frau Oberbürgermeisterin, verehrte Herren Bürgermeister,
meine Damen und Herren

Wie stellt sich die Situation heute für uns dar:

Eltern klagen über den Zustand unserer Schulen, die Wartelisten für die Betreuung der unter 3 jährige in den Kitas wachsen täglich, obwohl wir in der Vergangenheit hier viel geleistet haben. Handwerk und Wirtschaft und deren Vertreter IHK drängen (zu Recht) auf noch mehr investive Impulse vonseiten der Stadt, um Arbeitsplätze zu sichern und drängen auf die zügige Realisierung eines Kongresszentrums, weil sie sich davon einen zusätzlichen positiven Schub für Gewerbe und Beschäftigung versprechen. Junge Familien wollen eigentlich in Heidelberg wohnen, müssen aber mangels Angebot an erschwinglichen Wohnungen oder Eigenheimen ins Umland abwandern. All diese Menschen formulieren berechtigte Bedürfnisse und erwarten von der Stadt, dass sie ihren Aufgaben und Pflichten nachkommt:

nämlich

Die Lebensqualität und sozialen Frieden für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu erhalten, Ansiedlung neuer Familien zu ermöglichen, die wirtschaftliche Attraktivität dieser Stadt zu sichern.

Andererseits fehlen aber in den Kassen der Kommunen, gerade die Finanzmittel, um diesen Bedürfnissen im notwendigen Maße Rechnung tragen zu können. Denn trotz massiver Ausgabenreduzierungen in den letzten Jahren ist es den Kommunen nicht gelungen, ihre Haushalte mit diesem Instrument zukunftsfähig zu machen (das zeigt ja gerade das heutige Dilemma – wäre es anders müssten wir uns heute nicht über ein HH_Loch von über 7 Mio. € und einer annähernd leeren Investitionskasse unterhalten)

In diesem Spannungsfeld gilt es in diesen Tagen Politik zu machen – und das ist nicht einfach und da macht es sich niemand einfach, wenn er oder sie nach Konzepten und Lösungen sucht.

Die Verwaltung hat uns in dieser schwierigen Situation einen Vorschlag unterbreitet, wie sie sich dieser Aufgabe stellen will und hat dabei Steuererhöhungen bei Gewerbsteuer und Grundstuer B vorgesehen. Ausgerichtet ist der Entwurf an dem vom Gemeinderat formulierte Leitantrag => Tenor Daseinsvorsorge sichern und Investitionskraft stärken, auch sind die im Leitantrag vorgegebenen Einsparungen bei Personal und Sachmitteln eingearbeitet. (Dank)

Wir haben uns in den letzten Wochen intensiv mit diesem Vorschlag beschäftigt. Auch wir sagen klar und deutlich - Aufgabe dieses HH muss es sein:

Notwendige und wichtige Aufgaben in dieser Stadt auf der Basis eines ausgeglichenen Doppelhaushalts weiterhin zu erfüllen, aber auch Handlungsspielräume für die Zukunft, d.h. auch über 2006 hinaus zu sichern.

Es ist schon verwunderlich, dass gerade diese Sichtweise – die die rechte Seite dieses Gremiums in den letzten Jahren immer wieder lautstark vertreten hat –

nämlich hohe Zuführungen an den Vermögenshaushalt, um mittel-und langfristig Investitionen tätigen zu können

- nun plötzlich nicht mehr gelten soll
- sie den Kopf in den Sand stecken - sich auf HH-Konsolidierung beschränken – nach dem Motto was geht mich 2007 ff an.

SPD, GAL, BL und Generation hd stellen heute ein Paketvorschlag zur Abstimmung, der den Verwaltungsvorschlag in wesentlichen Teilen modifiziert, der die Stadt aber weiterhin in die Lage versetzt, den Nöten der Bürgerinnen und Bürgern zu begegnen, deren Bedürfnissen durch Taten Rechnung zu tragen und die Erwartungen der Wirtschaft nach investiven Impulsen zu erfüllen.

Dieses Paket ist ein tragfähiger Kompromiss, der uns allen nicht leicht gefallen ist. Jeder/jede musste sich in Einzelpositionen bewegen, musste sich von Maximalforderungen verabschieden aber kann sich auch wiederfinden - wichtig. – und zwar gerade bei den zentralen inhaltlichen Anliegen, die durchaus bei den einzelnen Antragsstellern unterschiedlich waren. Der Respekt vor diesen Unterschieden und dem weitmöglichsten Einarbeiten kennzeichnet dieses Paket.

Die Überschrift des Pakets könnte lauten:

Schaffung einer soliden Finanzierung von notwendigen Zukunftsinvestitionen, bei ausgeglichenem Doppelhaushalt, die für uns sind:

a. Schaffung von preisgünstigem Wohnraums – Entwicklung Bahnstadt, Schollengewann, Bieth, Altklinkum –hier muss sich die Stadt handeln,
b. Erhöhung der Versorgungsquote bei den Kleinkindern
c. wie auch der Zustand unserer Schulen, der dringend verbessert werden muss
d. die ÖPNV-Erschließung INF – um
e. Realisierung eines Kongresszentrums

Außerdem

f. Substanzsicherung im sozial-kulturellen Bereich, um die Attraktivität Heidelbergs für ihre Bürgerinnen und Bürger sowie in die Region hinaus zu sichern damit die hohe Lebensqualität der Menschen in dieser Stadt weiterhin garantiert werden kann

Ermöglicht werden soll dies: durch Ausgabenreduzierung und strukturelle Einnahmeverbesserungen, die von vielen Schultern getragen werden.

Deshalb ist der zentrale Antrag im Paket - die Schaffung eines Zukunftsfond, der auch schon im Doppelhaushalt zur Finanzierung konkreter Maßnahmen herangezogen wird, so sind z.b. eingestellt

1. 1 Mio. € für die Schaffung neuem preisgünstigen Wohnraums

2. 700.000 € für ein Sofortprogramm Schulsanierung und Modernisierung. Das sind zusätzliche Mittel zu den bereits im HH-Entwurf eingestellten Beträgen. Wir sehen hier als dringlichste Maßnahmen die Sanierung der Sanitärenanlagen in unseren Schulen.

3. 300.000 € für eine Verbesserung der Kleinkindbetreuung, d.h. jährlich 100 Plätze mehr, damit erreichen wir einen Versorgungsgrad von knapp 25% Ende 2006.

Natürlich hätten wir das alle gern ohne Steuererhöhungen geschafft – das ist doch selbstverständlich, dass man alles daran setzt, zu diesem Instrument nun wirklich erst in letzter Not zu greifen. (Unterstellen sie uns hier nicht immer Leichtfertigkeit) – auch wir haben bis zuletzt nach Wegen gesucht.

Politik heißt aber auch, die Grenzen des Möglichen sichtbar zu machen und nicht der Versuchung zu erliegen, die Grenzen des Möglichen als nicht vorhanden zu bezeichnen.

Wo liegen die Grenzen des Möglichen hier in HD?

Bei 26 Mio. € Einsparungen in den letzten 2 Jahren, zum Großenteil in der Verwaltung, von den einzelnen Ämtern gebracht,

bei der bereits in der Vergangenheit vollzogenen Umsetzung von Strukturmaßnahmen (wie die Auslagerung der Bäder)

bei weiteren 4,6 Mio. € Personal- und Sachkostenkürzungen, die bereist in diesem Entwurf eingearbeitet

bei hohen Investitionsquoten in der Vergangenheit durch Abschmelzen der allg. Rücklage auf nahezu Null

All diese Maßnahmen der Vergangenheit haben zur Konsolidierung der letzten HHjahre und Aufgabenerfüllung der Stadt beigetragen, konnten uns aber vor dem heutigen Dilemma nicht bewahren. Da ist es doch das Prinzip Hoffung, wenn sie glauben lediglich durch weitere Ausgabenreduzierungen eine Zukunftsfähigkeit dieser Stadt zu erlangen – die Vergangenheit der letzten Jahre ist jedenfalls kein Beweis dafür – im Gegenteil.

Das ja zu den Steuererhöhungen fiel uns schwer, v.a. bei der Grundsteuer B. Die Notwendigkeit letztlich jedoch unumgänglich. Wichtig war uns aber dabei,

1. dass Belastungen auf viele Schultern zu verteilen sind, um sie so für den jeweilig Betroffen so maßvoll wie irgend möglich zu halten. Unser Paket sieht daher trotz der oben genannten Grenzen noch einmal einen zusätzlichen Beitrag der Verwaltung selbst vor, bezieht aber auch die städt. Gesellschaften mit ein.

2. dass die Einnahmeverbesserungen aus der Steuererhöhung direkt in den Zukunftsfond fließen und so durch Investitionen und Leistungsverbesserungen wieder direkt an die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger zurück.

Denn

vom Ausbau und den Modernisierungen der Schulen und der Verbesserung der Kinderbetreuung profitieren Eltern und Kinder in dieser Stadt wie auch die örtliche Wirtschaft und Handwerk durch Aufträge und durch ausreichendes Fachpersonal auf dem Arbeitsmarkt => denn die Wirkung dieser weichen Standortfaktoren ist nicht zu unterschätzen

Von der Erschließung der Bahnstadt und damit der Erhöhung der EinwohnerInnenzahl profitieren alle Bürgerinnen und Bürger, da diese Ausweitung der Stadt Einnahmezuwächse beschert, die wieder für Leistungen eingesetzt werden können, der Einzelhandel durch höhere Kaufkraft, die Wirtschaft durch ein Mehr an Arbeitsplätzen

Ein Kongresszentrum steigert die Attraktivität Heidelbergs, bringt Menschen und Kaufkraft in diese Stadt.

So ergibt sich letztlich eine win-win-Situation, da die Einnahmeverbesserungen bei der Stadt in Leistungen und Investitionen direkt umgesetzt werden.

Im Einzelnen sieht unser Paket für den Doppelhaushalt vor:

A. Einführung einer Zweitwohnungssteuer => Einwohnerzahl durch Ummeldung zu erhöhen

B. weitere 1,1 Mio. € Ausgabenreduzierung im Doppelhaushalt in der Verwaltung. Wir wissen, dass wir der Verwaltung damit noch einmal viel zumuten. Durch direkte Zuweisung der Kürzungen in die einzelnen Ämter (wie FWV) versucht Lasten intern gerecht zu verteilen, ohne dabei die Aufgabe der Daseinsvorsorge der Stadt zu gefährden. Wo ist was tatsächlich möglich?

D.h. nicht wie im CDU-Antrag mit dem Riesen Rasenmäher über alles hinwegbrausen und dabei alles so zu kürzen, dass nirgendwo mehr vernünftige Arbeit gemacht werden kann.

Auftrag zur Verwaltungsstrukturoptimierung, d.h. Ämterzusammenlegung , um auch strukturelle Einsparungen mittel- und langfristig zu ermöglichen

C. wir nehmen die städtischen Gesellschaften in die Pflicht, indem wir bei der HVV den Verlustausgleich auf jährlich 1,5 Mio. € festsetzen.

C. die Gewerbesteuererhöhung wie von der Verwaltung vorgeschlagen tragen wir mit => bedeutet Rückführung auf ein für eine Stadt wie Heidelberg normales Niveau.

D. das Paket enthält eine Grundsteuer B Erhöhung um 60 Punkte ab 2005 und damit eine deutlich geringere Steuererhöhung als von der Verwaltung vorgeschlagen. Für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet dies Mehrausgaben zwischen 2-4 € im Monat. Da die Grundsteuer B sich an der Quadratmeterzahl bemisst, kann es als ein relativ soziales Instrument angesehen werden, da es den Single in der 90 qm Wohnung in gleicher Höhe belastet wie eine Familie. Dennoch sehen wir die Schwierigkeit, dass die Summe aus den bereits verabschiedeten Gebührenerhöhungen und der Steuererhöhung für niedrige und mittlere Einkommensgruppen sowie für Familien – im Einzelfall- eine besondere Schwierigkeit darstellen könnte. Deshalb beantragen wir im Paket Maßnahmen, die ganz gezielt diese Menschen an anderer Stelle entlasten oder ihnen Vergünstigungen gewähren.

So lehnen wir eine Erhöhung der Elternbeiträge zur verlässlichen Grundschule ab.

Die Einkommensgrenzen für den Heidelberg – Pass sollen 2006 noch einmal um 5 % angehoben werden, so dass noch mehr Menschen und Familien in den Genuss der Vergünstigungen kommen. Außerdem werden wir auch das Leistungsspektrum erweitern. Damit denken wir, können wir die Folgen der Steuererhöhungen für den Einzelnen sozial abfedern.

Wie aber sieht die CDU-Alternative zu unserem Paket aus?

Eine konzeptlose Kahlschlagpolitik über den gesamten Verwaltungshaushalt hinweg, die jeglichen Blick auf das Machbare verloren hat und von einer abgesicherten Finanzierung von Zukunftsfähigkeit kann keine Rede sein.

Da wird einfach mit großen Ausgabenreduzierungen jongliert – im Handstreich wird einfach über Einzelpläne hinweg gekürzt. Verwaltungs- und Sachkosten sollen um mal schnell um insgesamt 6 % gekürzt werden (2% sind ja bereits im HH-.Entwurf enthalten) – keiner sagt, wo konkret und wie das umzusetzen sein soll, mit welchen Folgen zu rechnen ist.

Die Antwort auf die Frage:
wo die insgesamt von der CDU beantragten 2,8 Mio. € (zusätzliche Streichungsanträge) in der Verwaltung konkret herkommen sollen?

bleibt uns die CDU schuldig. Ausnahme ist der Kulturbereich: hier stehen Kürzungen von insgesamt 950.000 € im Raum. Welche Folgen, das hat kann sich jeder ausmalen. Dabei wissen wir doch, was einmal kaputt gespart wurde, dass baut man nicht so schnell und schon gar nicht kostengünstiger in der Zukunft wieder auf.

Wenn wir hier nicht nur diskutieren wollen, sondern auch realisieren, investieren, in dieser Stadt etwas bewegen wollen, dann müssen wir die Fundamente dafür legen. Wir denken unser Kompromissvorschlag geht die Probleme dieser Stadt offensiv an und ermöglicht die notwendigen infrastrukturellen Investitionen und Verbesserungen.

Politik ist nur dann auf kurze Sicht richtig, wenn sie auch auf lange Sicht richtig ist. – sprich auf lange Sicht trägt. Unser Paket leistet dies im Gegensatz zu ihrem.